

Boris Reitschuster



Meine Vertreibung



Boris Reitschuster Meine Vertreibung



Boris Reitschuster Meine Vertreibung

Inhalt

Vorwort	7
Journalist in einem fremd gewordenen Land	
Der Schläfer	12
Wie ich zum Nazi wurde	16
Attacke aus der Tagesschau	21
Demonstrationen	30
Erste YouTube-Zensur	41
Das gelöschte Bhakdi-Video	44
Das Zensur-Netzwerk	55
Hinter der Fassade der Bundespressekonferenz	
Im „erlauchten“ Kreis	66
Im Clinch mit Merkel	69
Journalisten als Linienpolizisten	77
Mediale Hinrichtung	89
Maskenzauber auf der BPK	93
Vor Gericht gegen die „Süddeutsche“	97
Zynismus á la DDR	106
Die Bundespressekonferenz als Zensor	112
Das Kesseltreiben geht weiter	119
Rauswurf aus der Bundespressekonferenz	122
Gerichte stramm auf Staatslinie	133
Auslandspresse als Helfershelfer	139

Mehr über unsere Publikationen und Autoren:
www.achgut.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne die Zustimmung des Verlags unzulässig.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen, die Speicherung und Verarbeitung auf elektronischen
Systemen und die Publikation auf Online-Medien.



Achgut Edition ist ein Verlag der
Achgut Media GmbH, Augsburg
ISBN 978-3-9822771-8-9
1. Auflage, Berlin 2023

© Achgut Edition, Berlin 2023
© Schutzumschlag: Fabian Nicolay, Berlin 2023
© Foto des Autors (Cover): Fabian Nicolay, Berlin 2023
Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung und Satz: usus.kommunikation, Berlin
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

Peter Hahnes offener Brief	141
Wie Lenin mit Bart – Eine Enttarnung	145
Jung & Lukrativ	147

Die tägliche Zermürbung und Zersetzung

Im Fadenkreuz der Migrantifa	152
Die Polizei im Haus	162
Aussätziger bei den Banken	166
Kontaktschuld und die Hetzjagd auf Til Schweiger	177
Keine Server für Andersdenkende	183
Cybermobbing gegen „Staatsfeinde“	186
Ein Déjà-vu mit der Polizei	190
Die Selbstentlarvung des WDR	195
Abschied	201
Meine zweite Geburt	209

Vorwort

„Ein Journalist darf sich nie selbst in den Mittelpunkt stellen.“

Der obige Satz war eine der wichtigsten Lehren, die mir mein langjähriger Chef Helmut Markwort mit auf den Weg gegeben hat. Der legendäre Gründer des *Focus* kann es nicht ausstehen, wenn sich Journalisten selbst zu wichtig nehmen.

Darum war ich sehr skeptisch, als mir Dirk Maxeiner am Telefon einen überraschenden Vorschlag machte. Maxeiner ist einer der Gründer und Geschäftsführer der Achse des Guten. Schon bevor ich meine eigene Seite in ihrer jetzigen Form im Dezember 2019 aus der Not heraus startete – weil ARD-Chef-Faktenfinder Patrick Gensing mit einem Anwalt gegen mich vorging –, arbeite ich mit der Achse als Gastautor zusammen. Über die Jahre hat sich aus der Zusammenarbeit auch eine Freundschaft entwickelt. Ich schätze Maxeiner nicht nur als Menschen, sondern auch als klugen Geist und großartigen Journalisten mit weit mehr Erfahrung, als ich sie habe. Deshalb konnte ich seinen Vorschlag nicht auf die leichte Schulter nehmen: Ich müsse ein Buch schreiben, unbedingt, eröffnete er mir. Ich lachte zuerst: „Die Welt hat genügend Bücher, auch von mir, ich habe mir fest vorgenommen, das nicht mehr zu tun.“ Umso heftiger wurde mein „Nein“, als er mir eröffnete, was das Thema des Buches sein sollte: „Meine Vertreibung“ – diesen Arbeitstitel brachte er schon mit in das Gespräch. Gut vorbereitet, wie es seine Art ist. „Auch noch über mich selbst schreiben? Das geht ja schon mal gar nicht“, antwortete ich ihm, und konfrontierte ihn mit dem oben aufgeführten Zitat von meinem Ex-Chef Markwort. Nach einer halben Stunde hatte er mich zwar noch nicht weichgekocht. Aber zumindest meinen anfänglichen harten Widerstand gebrochen.

Wie ihm das gelungen ist, werden Sie nun fragen. Er sagte, dass all die Schikanen, der Psychoterror, die langsame, aber sichere Zermürbung,

die mich schließlich dazu brachte, Deutschland zu verlassen, nicht nur meine Privatsache sind. Der Umgang mit mir sage unendlich viel aus über den gegenwärtigen Zustand Deutschlands. Wie man mit mir verfähre, offenbare ein Sittenbild der Mächtigen und ihrer medialen Claqueure – und zwar pars pro toto. Und so etwas müsse für die nachfolgenden Generationen dokumentiert werden: „Und zwar nicht nur digital im Internet, das von heute auf morgen abgestellt oder gelöscht werden kann. Sondern auf Papier, damit es in vielen, vielen Regalen steht und einige Exemplare als Zeugnis immer überdauern werden.“

Wir einigten uns auf einen Kompromiss: dass es eben nicht nur um mich geht. Und ich neben den Episoden über die direkten Schikanen und den Psychoterror – etwa auch vonseiten der Bundespressekonferenz – auch das thematisieren will, was in Deutschland heute passiert. Das, an dem ich verzweifle. Und nicht nur ich, wie ich aus vielen, vielen Zuschriften von Ihnen, meine lieben Leserinnen und Leser, weiß. Es geht mir nicht darum, mich zu beklagen über das, was mir widerfahren ist. Andere haben noch viel Schlimmeres erlebt. Und ich bin trotz allem ein lebensfroher und fröhlicher Mensch geblieben. Aber dennoch finde ich es sinnvoll, an meinem Beispiel ganz exemplarisch zu dokumentieren, wie Politik, Behörden und Medien in Deutschland mit kritischen Journalisten umgehen. Es geht mir also nicht darum, mich zu beklagen – sondern zu dokumentieren.

Ich möchte, dass dieses Buch beim Verstehen, Einordnen, Verarbeiten und auch beim Bewältigen von dem hilft, was in der Bundesrepublik geschieht, und nicht nur dort: ein gigantischer Umbau der traditionellen Gesellschaft durch Glaubenskrieger und Kulturrevolutionäre. Die glauben, sie könnten die Gesellschaft von oben herab neugestalten, die Menschen wie Knetmasse nach ihren realitätsfernen Idealvorstellungen formen und so die Menschheit einer besseren, hellen Zukunft entgegenführen.

Wie das auch Lenin glaubte, Stalin, Mao, Pol Pot und – auch wenn das ein großes Tabu bei uns ist – Adolf Hitler und der Teil seiner Anhänger, die überzeugte Nationalsozialisten waren und keine Opportunisten. Und um an dieser Stelle Dauerempörten gleich den Wind aus den Segeln zu nehmen: Man darf zu allem und jedem Vergleiche anstellen,

man sollte aber nicht gleichsetzen. Vergleiche und Gleichsetzungen werden in Deutschland leider regelmäßig verwechselt – sind aber etwas ganz Unterschiedliches.

Die Menschheit, oder zumindest der Teil von ihr, der nach Macht strebt und dabei auch erfolgreich ist, ist offenbar unbelehrbar. Und tritt immer wieder auf die gleichen Mistgabeln. Nur dass diese eben oft in anderen Schattierungen oder Farbtönen lackiert sind. Diesmal grün bis regenbogenfarben.

Ich möchte Ihnen die ganze Geschichte meiner Vertreibung aus Deutschland erzählen, mit Einblicken auch in mein Innenleben, die ich so noch nicht gegeben habe. Ich möchte mit Ihnen gemeinsam zu einer kurzen intellektuellen Reise durch den Wahnsinn unserer Zeit aufbrechen. Bei der in Buchform die Zusammenhänge viel einfacher und anschaulicher aufzuzeigen sind als in meinen vielen einzelnen Artikeln – aus denen ich aber auch geschöpft habe.

Ich möchte dieses Buch Clemens Arvey widmen und allen, die an dieser schrecklichen Zeit zerbrochen sind. Denen, die viel Schlimmeres erlebt haben als ich. Und bei denen es kein Happy End gibt. Ich habe höchste Achtung vor ihnen. Auf dass ihr Leid nicht umsonst war. Auf dass mein Buch, auch wenn ich mein Schicksal als weniger dramatisch empfinde, stellvertretend für viele an das Unrecht dieser grausamen Zeit erinnert.

1

**Journalist
in einem fremd
gewordenen
Land**

Der Schläfer

„Nach der Rückkehr aus Moskau traute ich meinen Augen nicht: Was war passiert mit Deutschland? Ich kam mir in meiner alten Heimat vor wie ein Emigrant.“

Mehr als 60 Jahre war er im Eis eingefroren, dann wacht er in einer völlig anderen Welt auf: In dem Film „Der Winterschläfer“ mit Louis de Funès findet sich der Großvater nach einem Unfall in der Antarktis 1905 im Frankreich der 1970er Jahre wieder. Die Wissenschaftler fürchten, dass er den Schock nicht überlebt, und errichten für ihn die perfekte Kulisse: Die Bewohner eines ganzen Stadtviertels müssen historische Kostüme anziehen, mit Kutschen fahren und nachgedruckte alte Zeitungen lesen.

Ich fühle mich wie der aufgetaute Großvater, nur dass niemand für mich eine Kulisse aufgebaut hat: Ich war zwar nur rund 16 Jahre im Ausland – aber unsere Zeit ist so schnelllebig geworden, dass ich mir seit meiner Rückkehr 2012 und insbesondere seit 2015 vorkomme, als hätte ich Jahrzehnte verpasst.

Als ich als junger Mann aus Deutschland nach Moskau wegzog, sprachen sich fremde Menschen noch mit „Sie“ an. Man flirtete in Museen, Unis, Cafés und auf der Straße; weil es keine Algorithmen gab, verließ man sich dabei auf die eigenen Augen. Zum Einkaufen ging ich in die Läden um die Ecke, und wenn ich mal etwas bestellte, dann bei „Quelle“. „Cool“ war zumindest für die ältere Generation noch ein Fremdwort. Der Liter Benzin kostete nicht viel mehr als eine D-Mark, und der Preis wechselte nicht alle paar Stunden. Für meine Brille gab es einen Zuschuss von der Krankenkasse und beim Zahnarzt keine Zuzahlung. Reisen buchte ich im Reisebüro, Fahrkarten kaufte ich am Schalter und wurde dabei von leibhaftigen Menschen beraten. Wer einen Arbeitsplatz hatte, konnte darauf hoffen, ihn ein Leben lang zu behalten.

Das Deutschland, das ich verlassen habe, war etwas sperrig und umständlich, aber menschlich, übersichtlich und vor allem zuverlässig. Wie

oft habe ich mich im fernen, fremden Moskau danach gesehnt! Und was habe ich den Russen davon vorgeschwärmt! Und dann dieser Schock! Nach der Rückkehr traute ich meinen Augen nicht: Was war passiert mit Deutschland? Ich kam mir vor wie ein Emigrant, in einem fremden Land, dessen Sprache ich zufällig spreche.

In 16 Jahren Moskau – als Student, Deutschlehrer und später Büroleiter des *Focus* – habe ich hautnah erlebt, wie eine Demokratie kippt und wie eine Demokatur funktioniert. Wie Zynismus und eine Verachtung für die einfachen Menschen die Politik wie ein Krebsgeschwür durchwuchern. Wie hinter einer demokratischen Fassade der sogenannten „gesteuerten Demokratie“ die alten Geister des Autoritarismus wieder erwachen und die Oberhand gewinnen. Ich habe für diese Methoden und Mechanismen in all den Jahren in Russland ein feines Gespür gewonnen. Nach meiner Rückkehr nach Deutschland, vor allem aber seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015, schlug mein Frühwarnsystem an. Ich habe bis heute fast tägliche Déjà-vus.

Ich erkenne die Handschrift wieder, die Tonalität, die Denkweisen, die Methoden. Es ist so, dass ich mir oft sage: Es muss da irgendwo ein Lehrbuch von KGB und Stasi geben, das die handelnden Personen verinnerlicht haben. Nur dass sie all das jetzt neu verpacken, in einen demokratischen Schafspelz. Ich bezweifle, dass es nur Zufall ist, dass diese Methoden ausgerechnet unter Angela Merkel allgegenwärtig wurden, die ihr politisches Handwerk nicht zuletzt bei der sozialistischen Jugendorganisation FDJ erlernte. So sehr sich Merkel und Putin in Sachen Ideologie heute unterscheiden, so sehr ähneln sie sich in ihren Taktiken und in ihren Methoden.

Ich gebe es zu: Auch im alten Deutschland hat mir vieles nicht gefallen. Ich fand es zu spießig. Etwa, wenn Fußgänger bei Rot an der Ampel stehen blieben, wenn kein Auto zu sehen war. Nach fast zwei Jahrzehnten in Russland, wo sich niemand an Regeln hält, macht es mir Angst, dass die Deutschen auch bei Rot loslaufen. Deutschland schien mir früher zu steril. Heute gleichen selbst in kleinen Städten Gehwege und Grünanlagen oft Müllhalden. Was habe ich mich in Russland über das Verkehrschaos geärgert! Jetzt weiß ich: Im Vergleich zur Hälfte der Ber-

liner Radfahrer fährt der Durchschnitts-Russe geradezu preußisch. Jedenfalls bremst er oft bei Rot und fährt nur selten mit Höchstgeschwindigkeit über den Fußweg.

Was konnte ich mich empören über die russische Bürokratie und den ewigen Papierkrieg in Moskau! Ich Naivling. Kaum zurückgekehrt, hatte ich zwei Aktenordner mit unbearbeiteten Anfragen, Anträgen, Versicherungs- und Steuerunterlagen auf meinem Schreibtisch, und dazu jede Menge anderer lebenswichtiger Papiere. Etwa einen Fragebogen der Deutschen Rentenversicherung mit 58 Seiten. Wenn ich in der deutschen Hauptstadt mit Handwerkern, Verkäufern oder Bedienungen zu tun hatte, kam ich mir oft vor wie ein Wehrpflichtiger in einer russischen Kaserne – nur müssen die nicht zahlen dafür, dass sie zusammengestaucht werden.

Als ich aus Deutschland wegzog, kostete meine kleine Zwei-Zimmer-Wohnung nicht einmal 400 D-Mark. Warm. Eine Pizza für einen zweistelligen Betrag – in D-Mark! – galt als Wucher. Die Zeitung kostete in D-Mark weniger als heute in Euro, ebenso die Milch, die Eiskugeln beim Italiener, die Busfahrkarte, die Zigarettenschachtel. Das einzige, was offenbar nicht verdoppelt wurde, sind die Gehälter. Aber wehe, man sagt das: Spricht da etwa ein Extremist? Und so brach beinahe täglich irgendeine kleine Welt in mir zusammen. Zuerst dachte ich, es liegt an Berlin – das kommunistische Erbe ist dort noch recht lebendig. Doch das Problem ist nicht auf Berlin begrenzt. Viele erleben all das, in ganz Deutschland.

Nur schlägt ihnen der Gewöhnungseffekt ein Schnippchen: Weil sich die Umwälzungen Tag für Tag einschleichen, Scheibe für Scheibe, bemerken sie sie kaum noch. Hätte Louis des Funès' „Winterschläfer“ sechs Jahrzehnte statt im arktischen Eis in Paris verbracht, wäre ihm die Umwälzung kaum aufgefallen. Und wäre ich zu Hause geblieben, statt in Moskau zu leben, wäre es mir wohl genauso gegangen. Wenn man die Wassertemperatur langsam erhöht, merken Frösche angeblich nicht, dass sie gekocht werden, besagt eine alte Redensart. Sie bleiben sitzen und springen nicht aus dem Topf, so die Legende. Daran musste ich kürzlich bei einem Besuch in Kroatien denken. Ich war baff, wie offen die Menschen dort über Themen reden, die in Deutschland längst tabu

sind. Und über die in Deutschland nur hinter vorgehaltener Hand oder gar nicht mehr gesprochen wird – mit Fremden zumindest.

Deutschland gilt in anderen Ländern für viele inzwischen als abschreckendes Beispiel. Zumindest was die Einwanderungspolitik und die gesellschaftliche Entwicklung angeht. Als ich meinen Gesprächspartnern von den Auswüchsen der „Wokeness“-Ideologie hier bei uns erzählte, entlockte ich ihnen meist ungläubiges Staunen. Oft auch Entsetzen. „Früher waren Italien und Deutschland für Kroaten Sehnsuchtsorte“, erzählte mir eine Kellnerin, „heute sage ich mir: ich will nicht, dass Kroatien so wird.“ Ich glaube, dass Vergleiche mit anderen Ländern überaus wichtig sind. Denn wir haben uns in Deutschland zu leicht an viele Missstände gewöhnt. Dass einem Berlin heute im Vergleich zum früheren Russland oder Kroatien als sozialistisch vorkommt – statt umgekehrt –, ist ein Treppenwitz der Geschichte. Und es ist eine Tragödie.

2

Hinter der Fassade der Bundespresse- konferenz

Die Bundespressekonferenz als Zensor

„Die regierungstreuen Truppen der BPK gehen dazu über, kritische Fragen zu stigmatisieren und den Fragestellern – vor allem Boris Reitschuster – die Arbeit massiv zu erschweren.“

Mein Artikel über den Brief der Kollegen hat ein Nachspiel. Schon bei der nächsten Bundespressekonferenz wird mir angedroht, ich würde ausgeschlossen. Weil auf meiner Seite in den Kommentaren Leser Mitglieder der Bundespressekonferenz beleidigt hätten. Das Gespräch mit Vorstandsmitglied Detjen, dem früheren Chefredakteur des Deutschlandfunks, und Vize-Chefin Corinna Buschow gleicht einem Verhör und Tribunal. Ich fühle mich massiv unter Druck gesetzt. Was offenbar auch ihr Ziel war. Sie drohen mit Strafanzeigen. Als ich öffentlich beleidigt wurde, auch von Kollegen aus der Bundespressekonferenz, hat das den Vorstand nie interessiert. Ich erkläre beiden, dass die Kommentare auf meiner Seite vor Veröffentlichung nicht kontrolliert werden und ich auch keine Verantwortung für diese trage, solange mir keine rechtswidrigen Inhalte bekannt sind. Da sie mich nun mit diesem Vorwurf konfrontierten, werde ich mich umgehend damit auseinandersetzen und den gesetzlichen Regelungen folgend die Kommentare kontrollieren und gegebenenfalls löschen. Sollten tatsächlich strafrechtlich relevante Kommentare darunter sein oder schlicht beleidigende im allgemeinen Sinne, so entschuldige ich mich dafür, sage ich. Für mich eine Selbstverständlichkeit. Und ich verlasse mich darauf, dass das Gespräch vertraulich bleibt. Pustekuchen! Kurz darauf lese ich in großen Medien, dass ich mich entschuldigt hätte. Was für ein eklatanter Verstoß gegen journalistische Grundregeln, vertrauliche Gespräche vertraulich zu behandeln. Im Kampf gegen „Abweichler“ ist der Bundespressekonferenz offenbar jedes Mittel recht.

Doch es kommt noch dicker. Was nun folgt, ist in den Augen des bereits erwähnten Kollegen Alexander Fritsch ein „schier unglaublicher Versuch einer deutschen Journalistenorganisation, die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit in Deutschland zu beschneiden.“ Fritsch schreibt: „Ausländische Korrespondenten, in deren Heimatländern Journalisten ihre kritische Kontrollfunktion gegenüber den Mächtigen noch ernst- und wahrnehmen, wundern sich immer öfter über ihre deutschen ‚Kollegen‘ und deren geradezu unterwürfige Ergebenheit gegenüber der Politik. Die regierungstreuen Truppen der BPK belassen es aber nicht dabei, das kritische Hinterfragen der Regierung sozusagen auf null herunterzudimmen. Vielmehr gehen sie dazu über, kritische Fragen in den Pressekonferenzen zu stigmatisieren und den Fragestellern – vor allem Boris Reitschuster – deren Arbeit massiv zu erschweren.“

Weil offenbar meine eigenen Texte für die von der Bundespressekonferenz anvisierte juristische Verfolgung nichts hergeben, „haben die BPK-Vereinsmeier nach unten gescrollt: zu den Leserkommentaren“, schreibt Fritsch: „Auch für die ist, rein rechtlich, der Betreiber eines Blogs in gewisser Weise mit verantwortlich. Zumindest muss er dafür sorgen, dass bestimmte Kommentare – in denen etwa zu Straftaten aufgerufen wird oder die echte Beleidigungen enthalten – angemessen schnell gelöscht werden. Nun sind aber auch Reitschusters Leser weit überwiegend absolut wohlgezogene und kultivierte Menschen, entsprechend erfolglos blieben die BPK-Fahnder“, schreibt Fritsch weiter. Und tatsächlich hatte ich die wenigen einschlägig relevanten Kommentare nach Hinweisen des Vorstands umgehend gelöscht. Weil sich danach aber weiter „so gut wie nichts fand“, was von Rechts wegen weitere Löschaufforderung gerechtfertigt hätte, „wechselte man im Vereinsvorstand die Taktik“, so der Kollege: „Man markierte in den Leserkommentaren nun einfach fast alles, was sich irgendwie kritisch mit der Bundespressekonferenz befasste – und verlangt von Boris Reitschuster jetzt, all diese Kommentare zu löschen. Oder anders: Mit steuerlicher Förderung führt der Verein in eigener Sache einen Feldzug gegen die Meinungsfreiheit. Wie gnadenlos absurd das ist, zeigt ein Blick auf die Wörter, von denen der BPK-Vorstand will, dass sie von Boris Reitschusters Blog gelöscht werden.“

Tatsächlich erreichte mich ein Schreiben des Vorstandes der Bundespressekonferenz mit folgendem Inhalt:

„Im Zuge Ihrer Berichterstattung über den Offenen Brief von Mitgliedern der Bundespressekonferenz veröffentlichen Sie auf Ihrer Webseite Nutzerkommentare, die unserer Einschätzung nach eine strafrechtliche Relevanz haben, weil sie die Grenze zur zulässigen Meinungsäußerung überschreiten. Wie Sie wissen, hat der Vorstand der BPK am gestrigen Tag diese Kommentare im Zusammenhang mit einer Anzeige gegen Unbekannt der Staatsanwaltschaft Berlin übersandt.“

Das ist schon mal deshalb missverständlich formuliert, weil nicht ich die Kommentare veröffentliche, sondern Kommentare auf meiner Webseite ohne mein Zutun erscheinen. So wird irreführend suggeriert, ich würde die Kommentare willentlich veröffentlichen. Die korrekte Formulierung wäre, dass auf meiner Seite diese Kommentare erschienen sind.

„In einem Gespräch mit unseren Vorstandsmitgliedern Corinna Buschow und Stephan Detjen hatten Sie am Dienstag, den 4. Mai 2021, zugesagt, derartige Kommentare zu löschen“, schreibt der Vorstand weiter. Und dann: „Wir müssen heute Morgen aber feststellen, dass Sie ihre Zusage nur unzureichend eingelöst haben. Wir fordern Sie noch einmal nachdrücklich dazu auf, Ihrer Verantwortung auch für Ihre Nutzerkommentare nachzukommen und Beleidigungen oder Bedrohungen zu löschen. Wir erwarten, dass sie dieser redaktionellen Betreuung ihrer Nutzerkommentare noch heute nachkommen. Zur Orientierung haben wir ein pdf-Dokument des betreffenden Blogeintrages beigefügt, bei dem wir die uns ersichtlichen Stellen markiert haben.“

Was nach der „Erwartung“ des Vorstandes alles gelöscht werden soll, ist unglaublich, und zeigt, was für ein Verständnis die Kollegen von Meinungsfreiheit haben. Unzulässig und von mir zu löschen sind in einem

Land, in dem man die AfD-Vorsitzende Alice Weidel ungestraft als „Nazi-Schlampe“ bezeichnen darf, nach Ansicht der Ansicht der BPK-Kollegen folgende Aussagen:

Zottel (über Tilo Jung), Honks, Systemstricher, sozialistische Journalistentruppe, „Merkt euch die Namen“, Hofschranzen, Hofberichterstatte, Schreiberlinge, widerlich, charakterlos, Hofnarr (über Tilo Jung), gestörte Vögel, Deppen, intrigante Schlangengrube, Propagandisten, Lügenpresse, Selbstdarsteller, arme Sau (über Tilo Jung), geistige Kleingärtner, eierlose Kollegen, Schreiberlinge, bemitleidenswerte Kreaturen aus dem Enddarm der Regierenden, linksversifft, Kasperletheater, geistige Umnachtung, Marionetten der Regierung, neidische „Kollegen“, hohle Phrasen-Show.

Dazu schreibt Alexander Fritsch: „Jeder Anwalt hat jetzt Atemnot vor Lachen. Sehen wir einmal davon ab, dass ich persönlich einiges davon aus Stilgründen nicht unbedingt sagen oder schreiben würde (obwohl es zuweilen durchaus witzig ist): Meint der BPK-Vorstand allen Ernstes, diese Meinungsäußerungen seien verboten? Oder man müsste sie verbieten? Oder man könne verlangen, sie zu löschen? Welche Vorstellung von Artikel 5 unseres Grundgesetzes und der Meinungsfreiheit hat die Bundespressekonferenz eigentlich? Ein Grundrecht, für das Generationen von Menschen leidenschaftlich gekämpft haben – in einem Kampf, für den sehr viele Mutige und Freiheitsliebende, gerade auch Journalisten, buchstäblich ihr Leben opferten? Und jetzt wollen sogenannte Hauptstadt-korrespondenten, dass freie Bürger im Internet Journalisten nicht mehr ‚Hofschranzen‘ oder ‚Schreiberlinge‘ nennen dürfen? Oder die BPK ein ‚Kasperletheater‘? In Deutschland, im Jahr 2021? Es ist eine Schande. Vom rechtlichen Gebot der Gleichbehandlung scheint der BPK-Vorstand übrigens ebenso wenig gehört zu haben wie vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit – denn die Vereinsfunktionäre sind sehr einseitig empfindlich: immer dann, wenn es um sie selbst oder um das BPK-Mitglied Tilo Jung geht. Auf dessen Seite dürfen Leser in ihren Kommentaren das BPK-Mitglied Boris Reitschuster unbehelligt als „Blinden“, „Scheißhus-

3

Die tägliche Zermürbung und Zersetzung

Im Fadenkreuz der Migrantifa

„Am 30. August 2021 zielt ein Anwohner im Prenzlauer Berg in Berlin, der mich erkannt hat, von seinem Balkon mit einem Blumentopf auf meinen Kopf.“

Beschimpfungen und Diffamierungen in den großen Medien, Bedrohungen und Beleidigungen in den sozialen Netzwerken – all das habe ich im Überfluss erlebt, und bin fast schon daran gewohnt – soweit man sich daran gewöhnen kann. Zur Abhärtung hat sicher beigetragen, was ich bei meiner Berichterstattung von Demonstrationen in Berlin und anderswo alles erlebt habe. Besonders im Gedächtnis hängen geblieben sind mir zwei Einsätze in Berlin, die um ein Haar ins Auge gegangen wären: Zum einen die sogenannte „Anti-Rassismus“-Demo am 6. Juni 2020 auf dem Berliner Alexanderplatz. Da kam es zu massiver Gewalt. Gegen Polizisten flogen Flaschen, Steine, Holzbretter und andere Gegenstände. Eine Flasche ging nur knapp an meinem Kopf vorbei, später schützte mich ein Polizist mit einer sehr schnellen Reaktion vor einer Cola-Dose, die auf mich zuflog. Ich bekam weiche Knie nach all den Szenen, die ich an diesem Samstag im Herzen der Hauptstadt erlebt habe (allerdings nicht überall – die Demonstration der „Corona-Gegner“, die ich auch besucht habe, war völlig friedlich und es gab dort nicht einmal Ansätze von Aggression oder Gewalt). Meine Ängste waren nicht ganz unbegründet. Es gab Verletzte auf dieser Demonstration. Darunter auch ein Kollege, der mit der Kamera unterwegs war. Und es gab eine sehr eindringliche Einschätzung der Deutschen Polizeigewerkschaft auf Twitter: „Liebe Kolleginnen & Kollegen, passt BITTE heute gut auf euch auf! Die Aggressivität der Berufsempörer & gewaltbereiten Krawallmacher der #Polizei gegenüber hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Kommt alle gesund wieder nach Hause!“

Als ich mit immer noch leicht schlotternden Knien nach Hause zurückkam und mir die Tagesschau der ARD ansah, traute ich meinen Augen

nicht. Nein, eine objektive Berichterstattung hatte ich von den öffentlich-rechtlichen Kollegen nicht erwartet, dazu habe ich zu viele negative Erfahrungen und Einblicke in die Arbeitsweise der Sender. Aber dass sie einfach genau das Gegenteil von dem berichten, was meine Eindrücke waren, hat mich dann doch umgehauen. Zumal von den Sendern offenbar keiner vor Ort war. Obwohl sie mit mehr als acht Milliarden Euro Gebühren ausgestattet sind.

Am 19. Juli 2020 kommt es noch heftiger. Auf der „Demonstration gegen Polizeigewalt der Anti-Rassismus-Bewegung“ am Samstag in Berlin werde ich massiv angefeindet, beleidigt, eingeschüchtert und am Arbeiten gehindert. Eine Rednerin versuchte zweimal, die tausende Menschen gegen mich aufzuhetzen – einmal unter voller Nennung meines Namens. Mein „Verbrechen“: Ich habe meine Arbeit als Journalist gemacht und auf der Demonstration gefilmt. Und dabei nicht einmal mehr versucht, Interviews zu machen – weil ich in den vergangenen Wochen mehrfach die Erfahrung machte, dass dies zu Aggression führt. Ich habe also nichts anderes gemacht, als mein Grundrecht auf freie Berichterstattung als Journalist wahrzunehmen. Ja, meine Pflicht als solcher zu erfüllen. Am Schluss blieb mir nur – buchstäblich – die Flucht. Und zwar durchs Gebüsch. Dass solche Zustände in einem demokratischen Deutschland möglich sind, hätte ich mir noch kurz zuvor nicht träumen lassen.

Dass ich letzten Endes heil blieb, ist nur der Berliner Polizei zu verdanken, und hier insbesondere dem Beamten, der im Abschnitt an dem Tag das Kommando hatte. Wäre es einer der Beamten gewesen, die kritischen Journalisten wie mir feindselig gegenüberstehen – es hätte böse enden können. Der korrekte Beamte aber machte den Organisatoren ganz klar deutlich, dass sie im Unrecht sind. Geholfen hat das wenig: Hätte ich auf meinem Recht auf freie Berichterstattung bestanden, hätte das garantiert zu einem massiven Polizeieinsatz geführt – denn ohne die Intervention der Beamten wäre ein Arbeiten nicht mehr möglich gewesen. Mir wurde das Mikrophon aus der Hand geschlagen und ich wurde mit Regenschirmen behindert, damit ich nichts mehr sehen konnte. Ich habe mich entschlossen, es nicht zur Eskalation kommen zu lassen. Ob das richtig war, weiß ich nicht.

Meine vielen Einsätze bei Demonstrationen in Berlin, für die mich viele Kollegen von den großen Medien diffamierten und beschimpften, haben mich sehr geprägt. In meinen Augen wandte die Polizei hier – im Gegensatz zum gerade geschilderten Fall – mitunter gezielt Unrecht an. Auf Demonstrationen mit dem Hintergrund Corona oder anderen nicht regierungskonformen Thematiken wurden friedliche Demonstranten mit einer Härte und Brutalität behandelt und abgeführt, wie man sie bei Einsätzen gegen die kriminellen Clans kaum zu sehen bekommt.

Am 9. November 2020 trifft mich bei einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen in Leipzig eine Glasflasche am Kopf. Ich bin etwas benommen, habe eine riesige Beule und mein Schädel dröhnt. Eine Ärztin unter den Demonstranten versorgt mich. Wer die Flasche geworfen hat, ist unklar. Vermutlich war es eine Gruppe von Hooligans, die wie aus dem Nichts wie ein Fremdkörper auf der Demonstration auftauchte. Zufälligerweise genau da, wo ein Fernsehteam der öffentlich-rechtlichen Sender aufnahmebereit stand. Gegendemonstranten aus dem Antifa-Milieu pöbeln mich wiederholt an, es kommt auch zu Drohungen. Ich werde als „Arschloch“, „Nazi“ und anderweitig beschimpft und mit Mittelfingern bedacht. Quasi vor den Augen der Polizei, die das hier wie auch bei vielen anderen Demonstrationen nicht zu stören scheint. Für kritische Journalisten scheinen rechtsstaatliche Grundsätze nicht mehr zu gelten in der Corona-Republik Deutschland. Die linke „Deutsche Journalisten-Union“ im deutschen Gewerkschaftsbund spricht später ohne jegliche Belege oder Aufschlüsselungen von 38 Behinderungen und massiven körperlichen Attacken auf Journalisten in Leipzig. Im ZDF werden daraus später „40 Angriffe gegen Journalisten“. Und das, obwohl sich kein einziger betroffener Journalist bei der Polizei gemeldet hat. Diese sucht später selbst nach entsprechenden Opfern.

Wenn jemand nicht in Leipzig war und die Demonstration der Corona-Maßnahmen-Gegner nicht mit eigenen Augen gesehen hat, musste er angesichts der Medienberichte zu dem Schluss kommen, es habe sich um eine sehr gewalttätige Veranstaltung gehandelt. „Reiterstaffel der Polizei Leipzig: Bei der Auflösung der ‚Querdenken‘-Demo kam es zu Ausschreitungen und Angriffen auf Polizisten und Journalisten“, hieß es

etwa in einer Bildunterschrift auf *T-Online*. Der *Tagesspiegel* titelte: „Leipzig: Hunderte Rechte und Hooligans auf Querdenken-Demo.“ *Bild* schrieb: „Da sind sie wieder! Aggressiv, intolerant und ohne Maske!“ Ich war sechs Stunden auf der Demonstration und habe sie live gestreamt. Bis auf die geschilderte Ausnahme, die überaus merkwürdig war und bei der es auch zu dem Flaschenwurf kam, habe ich nicht einmal Ansätze von Gewalt oder Gewaltbereitschaft erlebt. Lediglich auf der Gegendemo.

Was ich in Leipzig erlebte, war aber nichts im Vergleich zu dem, was gut einen Monat später in Berlin passierte. Nach 16 Jahren Russland ist man hart im Nehmen, was die Polizei angeht. Was ich aber am 20. Dezember 2020 im Herzen Berlins am S-Bahnhof Jannowitzbrücke auf dem Weg zum Schweigemarsch gegen die Corona-Maßnahmen erlebt habe, hat mich dennoch so erschüttert, dass meine Knie noch Stunden später weich waren. Immer, wenn man denkt, es könne eigentlich kaum noch schlimmer kommen, wurde man in diesen Tagen vom Gegenteil überzeugt. Was die Bundespolizei da mit mir machte, hätte ich noch kurz zuvor für unmöglich gehalten. Berlins Polizei packt schon mal fest zu und langt auch öfter brutal hin. Doch bei all dem hielt sie sich nach meiner Erfahrung bisher an das demokratische Mindestgebot, dass man dabei freie Berichterstattung zulässt. Beamte stellten sich mir schon mal in den Weg, damit ich sie bei brutalen Festnahmen nicht filmen konnte, oder schubsten und schoben mich weg. Aber nie gingen sie mich frontal an, rissen mir mit Fausteinsatz die Kamera aus der Hand, schüchterten mich massiv ein und setzten mich fest.

Mein „Verbrechen“: Ich filmte ein Gespräch von Bundespolizisten mit einer Frau – eine Leserin meiner Seite, die gerade mit mir im Gespräch war, als die Polizei sie rabiat herausriss, weil sie keine Maske trug (sie hat ein Befreiungs-Attest). Ich hatte mich als Journalist ausgewiesen, explizit, und auch einen Presseausweis umhängen. Das hinderte einen der Beamten nicht, auf mich zuzugehen und mir schnurstracks per Fausteinsatz das Telefon zu entreißen. Weil ich mich beschwerte, schrie mich der Beamte im Beisein seiner Kollegen wiederholt an und nahm mir Presseausweis und Personalausweis ab. Als ich daraufhin bemerkte, ich werde dieses Verhalten am Montag bei der Bundespressekonferenz thematisie-